

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Das Bild der Migranten in ihren Heimatländern ist auf Grund ihres wirtschaftlichen Erfolgs in der Regel positiv. Bei Rückkehr bauen sie meist bessere Häuser bzw. lassen diese schon vorher mit genauen Anweisungen aus der Ferne errichten. Im Westen von Guatemala hat sich so ein spezieller Baustil entwickelt, eine häufig bunte und verschnörkelte „Rimessen-Architektur“ als sichtbares Zeichen des Erfolgs. Bürger der Stadt Salcajá in West-Guatemala haben an einem Kreisverkehr einer Überlandstraße ein weithin sichtbares Migranten-Denkmal errichtet, eine meterhohe Figur eines Mannes, der mit einem Rucksack zu seinem neuen Ziel aufbricht.

Nicht alle Schicksale von Migranten sind indes erfolgreich. Viele Migranten ohne gesicherten Status werden von Mexiko und den USA deportiert, stranden auf ihrem langen Weg, werden auf Grund ihrer Notlage ausgenutzt. Vor allem kirchliche Hilfswerke kümmern sich um Migranten, die sich auf der Durchreise befinden, um Abgeschobene und um Rückkehrer.

Die Regierungen von Guatemala und Honduras, Interessensgruppen und kirchliche Einrichtungen setzen sich immer wieder dafür ein, dass in den USA der Status illegaler Migranten reguliert wird. Bisher kommt es allerdings häufig zu Abschiebungen in die Heimatländer. Um Ursachen für Migration zu bekämpfen und die Bürger zum Bleiben zu bewegen, riefen die Staatspräsidenten von El Salvador, Guatemala und Honduras Ende 2014 die Initiative „Allianz für Wohlstand“ ins Leben, die die Hauptgründe für Migration, mangelnde Sicherheit und fehlende Arbeitsmöglichkeiten in den Herkunftsländern beseitigen soll. Die Entwicklungsinitiative soll finanziell auch durch die USA unterstützt werden. Die Zustimmung des Kongresses steht jedoch noch aus.

Guatemala und Honduras sind gleichzeitig auch Durchgangsländer für Migranten, vor allem aus Kuba, Nicaragua, einigen südamerikanischen und auch afrikanischen Ländern. Rund acht Afrikaner erreichen Honduras pro Tag auf ihrem Weg von ihren Heimatländern über Brasilien in die USA. Gerade im Fall von Migranten aus afrikanischen Ländern wäre eine Abschiebung zu teuer, so dass von Regierungsstellen in der Regel humanitäre Hilfe geleistet und dann ein vorübergehendes Visum ausgestellt wird. Da die USA das Ziel der beschwerlichen Reise sind, ist davon auszugehen, dass die Betroffenen früher oder später die zentral-amerikanischen Länder verlassen.

Über das Thema der Migranten und Flüchtlinge, die derzeit Europa erreichen, wird in den Medien berichtet, in der Regel auf der Grundlage von Agenturmeldungen. Für größere Aufmerksamkeit sorgt das Thema allerdings nicht, einerseits da es drängendere Probleme im eigenen Land zu lösen gilt und andererseits da die Migration von Guatemala und Honduras aus vor allem in Richtung Norden geht und man in diesem Zusammenhang keine allzu rücksichtsvolle Behandlung gewohnt ist. Eine kirchliche Einrichtung in Guatemala stellte in einer Studie fest, dass für junge Guatemalteken aus dem westlichen Hochland die Reise in die USA eine Art Mutprobe und Initiation darstellt.

### **Kolumbien**

*Dr. Hubert Gehring (26.08.2015)*

In Kolumbien, einem Land in dem das Drama von Menschen, die flüchten müssen um ihr Leben vor kriegerischen Auseinandersetzungen zu retten, nichts Ungewöhnliches ist, hat die Öffentlichkeit sehr aufmerksam und sensibel auf die Nachrichten und Reportagen über das jüngste Anwachsen des Flüchtlingsdramas in Europa reagiert. Große nationale Medien wie *El Tiempo*, *El Espectador* und *Semana* haben wiederholt berichtet, dass die Verschärfung der Konflikte in verschiedenen Regionen der Welt zu einer Flüchtlingskrise geführt habe, wie man sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt habe.

Dabei hat die Situation in Deutschland verstärkt die Aufmerksamkeit der kolumbianischen Medien erregt. So wird bereits seit einigen Monaten über die Integrationsprobleme in Deutschland und die Proteste gewisser Bevölkerungsgruppen für und gegen die Einwande-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

rungspolitik berichtet. Schlagzeilen wie "Deutschland geteilt für und wider der islamischen Einwanderung" und "Berlin demonstriert wegen toter Flüchtlinge" sind nur einige Beispiele dafür, wie die Reaktionen in der deutschen Gesellschaft angesichts der Einwanderung von Hunderttausenden neuer Flüchtlinge und die mögliche Aufnahme von ca. 800.000 Asylbewerbern in Kolumbien empfunden werden. Dabei wurde auch mehrmals über den Auftritt von Angela Merkel berichtet, bei dem sie einer jungen Palästinenserin, die nach vier Jahren in Deutschland möglicherweise abgeschoben werden soll, mit den Worten "die Politik ist manchmal eben hart" begegnete.

Wenn dies auch wichtige Nachrichten in den kolumbianischen Medien sind, hat die Flüchtlingsproblematik in Kolumbien selbst jedoch auch ihren Platz und nachvollziehbarer Weise einen höheren Stellenwert. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Kolumbien durch den seit Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konflikt hinter Syrien einen unehrenhaften zweiten Platz bezüglich der Anzahl der Binnenflüchtlinge einnimmt. Nach offiziellen Zahlen der "Unidad Nacional para la Atención y Reparación Integral a las Víctimas del conflicto" (Nationale Einheit zur umfassenden Betreuung und Entschädigung von Opfern des bewaffneten Konflikts), leben momentan ca. 6,7 Millionen Menschen in Kolumbien in einer Situation interner Vertreibung. Das Phänomen der gewaltsamen Binnenvertreibung hatte sich von Jahr zu Jahr zugespitzt und 2002 seinen Höhepunkt erreicht, als allein während eines Jahres ca. 690.000 Menschen aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen aus ihren Heimatorten fliehen mussten.

Was die Thematik Auswanderung betrifft ist Venezuela das Land, das die Kolumbianer als erstes Auswanderungsland in Südamerika wählen (32,4 Prozent). Umso mehr und auch wegen der über 2.200 km langen Grenze, die beide Länder trennt, haben die jüngsten Vorfälle, bei denen der venezolanische Präsident Nicolás Maduro innerhalb von einer Woche bis heute fast 1.000 in Venezuela lebende Kolumbianer deportieren ließ, sowohl die öffentliche Meinung als auch die Medien besonders erschüttert. Präsident Maduro hatte angeordnet, die Grenze zwischen beiden Ländern zu schließen, nachdem er die große Anzahl von Immigranten aus Kolumbien für die Lebensmittelknappheit und fehlenden Ressourcen in seinem Land verantwortlich gemacht hatte. In einer öffentlichen Erklärung verglich er die Situation der Kolumbianer in Venezuela mit dem Exodus von Afrikanern, die an den Küsten Europas landen. Seiner Ansicht nach leben die kolumbianischen Einwanderer illegal in Venezuela, während in Wirklichkeit viele von ihnen ordnungsgemäße Ausweispapiere des Landes besitzen, so dass ihre Deportation illegal ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Flüchtlingswelle in Europa sehr wohl Reaktionen in der kolumbianischen Presse und Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Da die Kolumbianer selbst Probleme mit dem Drama der Binnenflüchtlinge und ausgewiesener Landleute haben, haben die Ereignisse in Europa einerseits die Aufmerksamkeit noch mehr auf die eigenen Probleme gelenkt und auf der anderen Seite auch mehr Solidarität sowohl mit den Flüchtlingen in Europa als auch mit den Aufnahmeländern hervorgerufen.

### **Kuba und Mexiko**

*Dr. Stefan Jost / Daniel Colmenero López (29.08.2015)*

#### **Kuba**

Migration wird in den kubanischen Printmedien vor allem in Bezug auf die eigenen Migrationsbewegungen thematisiert, seien diese in Richtung Mexiko oder in die USA. Die jeweilige Deutung dieser Meldungen entspricht der Tendenz des Mediums, je nachdem, ob es regime-treu oder -kritisch ist. Selbst nach der diplomatischen Annäherung zwischen Kuba und den USA ist das Thema der kubanischen Migrationsströme weiterhin aktuell. Schließlich wurden in den vergangenen zwei Wochen insgesamt 30 Kubaner vor den Küsten Mexikos aufgegriffen. Betrachtet wird in den Medien auch die US-amerikanische Migrationspolitik. Das offizielle Organ des PCC *Granma* berichtet beispielsweise kritisch über die unrealistischen migrati-